

# Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

## Organ des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastr. 7, Fernruf 4423, Telegr: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: Bernh. Otte, Düsseldorf, Konfordiastraße 7.  
Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.  
Fernruf: 4692.

### Die Christliche Arbeiterbewegung steht auf der Warte der Zeit.

In den Tagen, da das gesellschaftliche, wirtschaftliche und ethische Leben voll Egoismus und Materialismus ist, lebt in der christlichen Arbeiterbewegung ein hohes ideales Ziel.

**Mensch dem Menschenbruder,  
Versittlichung der Wirtschaft,  
Kulturelle und wirtschaftliche  
Hebung unseres Standes.**

Das sind die Ziele, um die Arbeit und Wirken der christlichen Arbeiterbewegung ringt.

### Christlich-soziale Ideen — Fundamentalgrundsätze unserer Bewegung.

„Der antichristliche Zeitgeist ist auf dem besten Wege, das alte Sklaventum in neuer Form wieder herzustellen und er wird dabei von einer unglaublichen materialistischen Wissenschaft mächtig unterstützt. Die Ableitung des Menschen von der Materie muß das Herz des Menschen seinem Mitbruder gegenüber versteinern. Wir zertreten ja den Stoff und vernichten ihn nach unserm Bedürfnisse, wir töten das Tier und schlachten es, je nachdem wir desselben bedürfen. Wenn nun der Mensch nichts anderes ist, als eine Ausgestaltung des Stoffes, als eine Fortentwicklung aus dem Pflanzen- und Tierreich bis zum Menschendasein, wo fängt dann die Grenze an, wo wir ihn nicht mehr als Pflanze zertreten und als Tier töten, sondern als Mensch achten und lieben müssen? Die Selbstzucht wird diese Grenzen, die ein feichter Humanismus ziehen will, bald durchbrechen und das neue Sklaventum, unterstützt durch diesen gemeinen Materialismus, droht grausamer und härter zu werden, als das alte war.“

Trifft diese Darstellung, die uns der große Vorkämpfer unserer christlich-sozialen Ideen, Bischof Freiherr Emanuel von Ketteler, in seinen 1863 erschienenen Sozialen Schriften gibt, nicht vollinhaltlich auf unsere gegenwärtige Zeit zu? Der Materialismus nimmt dem Arbeiter das sittliche Recht, gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Entrechtung anzukämpfen. Er zeitigt aber auch auf der anderen Seite das Streben nach der Diktatur des Proletariats, nach Kaufrecht und Willkürherrschaft, den Klassenkampf in schärfster Form.

Das Kulturprogramm des Christentums lehrt, daß der Mensch Gottes Ebenbild ist, daß der freie Wille des Menschen durch Sittengesetze in Bahnen gelenkt sein muß, die zu edler Gesinnung, Gerechtigkeit und Nächstenliebe der Menschen untereinander führen und so die Gemeinschaft der Menschen erst lebenswert macht. „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!“ Das ist das größte soziale Gebot aller Zeiten.

„Das Christentum hat den Geist der alten Sklaverei gebrochen. Das schien wahrhaftig unmöglich. Bis auf die letzte Spur war die Ahnung von dem gemeinschaftlichen Ursprunge der Menschen, von der Bestimmung aller Menschen zu einem hohen Ziele, von einer allen Menschen eigenen hohen Menschenwürde verschwunden. Der Grieche erkannte nur dem freien Griechen, der Römer nur dem römischen Bürger den Vollbesitz der Menschenwürde zu. Der Sklave wurde dem Tiere ähnlich gehalten und nicht als Mensch behandelt. Das Christentum hat diesem ganzen großen Teile des Menschengeschlechts die Menschenwürde wiedergegeben. — Antichristlicher Zeitgeist ist auf dem besten Wege, das alte Sklaventum in neuer Form wieder herzustellen. — Die ganze Wucht dieser Entwicklung liegt aber auf dem Arbeiterstand. Da ist es wieder die Aufgabe des Christentums, die Welt auch von dieser neuen Form der Sklaverei zu befreien.“

So lehrt uns wiederum von Ketteler in seinen Sozialen Schriften.

Unser gewerkschaftlicher Kampf für Pflege des Familienlebens durch Arbeitszeitverkürzung, um Lohnverbesserungen zur besseren Ernährung und für gute Wohnungen, Schutz des Lebens und der Gesundheit, Ermöglichung körperlicher und geistiger Pflege der Kinder — alles das sind nicht nur gewerkschaftliche Ziele unserer Bewegung, sondern auch wahrhaft christliche Gebote. Und das Kulturleben der Zukunft muß aufgebaut werden auf der Grundlage dieser Sittengebote, die das Christentum der leidenden Menschheit lehrt: Nächstenliebe, Menschenwürde und Gerechtigkeit, Volksgemeinschaft und Menschheitsolidarität.

Will und muß daher die Arbeiterbewegung Kulturfaktor der Zukunft werden, so muß sie sich abwenden vom Materialismus, vom Klassenkampf und vom Sozialismus. Christlich-soziale Lebensgrundsätze, Volks- und Menschheitsolidarität müssen zu Programmpunkten, zu Fundamentalgrundsätzen der Arbeiterbewegung werden. Diese zur Anerkennung zu bringen — das ist das große weltverneuernde Ziel, der lebendige Kampf unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

### Eine wichtige Sitzung des Ausschusses des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften

fand am 7. und 8. April in Köln statt. Die Vertreter aller dem Gesamtverband angeschlossenen Organisationen nahmen daran teil. Die Tagung war ein bringendes Erfordernis. Ueber die allgemeine politische Lage mußte Klarheit geschaffen und über die sich aus dieser Lage für unsere Gesamtbewegung ergebenden Aufgaben mehr Einheitlichkeit im Handeln herbeigeführt werden. Unsere christliche Gewerkschaftsbewegung ist eine Massenbewegung geworden. Die dem Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands angeschlossenen Organisationen zählen zur Zeit über 1.000.000 Mitglieder. Diese Mitgliederziffer wäre noch erheblich höher, wenn nicht die Eisenbahnverbände infolge einer wichtigen Umgliederung in der Arbeitnehmerbewegung dem Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestelltenverbände zugeführt worden wären. (Wie unsern Mitgliedern ja bekannt sein wird, wurde am 22. November vorigen Jahres in Berlin der Deutsche Gewerkschaftsbund gebildet, im Gegensatz zu dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der vollständig im sozialdemokratischen Fahrwasser segelt. Träger unseres, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, sind der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften und der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften. Eine Massenbewegung bedarf einer energiegelichen und zielbewußten Führung. Sie für unsern Gesamtverband zu schaffen war eine der bedeutungsvollsten Aufgaben der letzten Tagung. Diese Aufgabe hat sie auch unseres Erachtens glücklich gelöst und schon dadurch allein ist sie zu einer Tagung der Tat geworden. Damit ist auch wenigstens ein Teil der Hoffnungen, die aus den Kreisen der christlichen Gewerkschaftler im ganzen Lande auf diese Ausschusssitzung gesetzt wurden, erfüllt worden.

Dem vielseitigen Verlangen der Mitglieder unserer christlichen Gewerkschaften, Staatsminister Kollege Stegerwald möge wieder an die Spitze der Gesamtbewegung treten, ist Rechnung getragen worden. Kollege Stegerwald erklärte sich bereit, das Amt des ersten Vorsitzenden im Gesamtverband zu übernehmen und der Gesamtverbandsausschuss bezeugte ihm durch einstimmige Wahl sein Vertrauen. Damit ist die Forderung über allermeisten dem Gesamtverband angeschlossenen Organisationen nach einer energiegelichen und zielbewußten Leitung der Gesamtbewegung nun endlich erfüllt worden.

Es ist ein gesundes Zeichen unserer Bewegung, daß aus allen Gebietsteilen Deutschlands wiederholt und stürmisch das Verlangen nach einer Reformierung des Gesamtverbandsvorstandes und des Generalsekretariats gestellt worden. Diese rege Anteilnahme an dem Ausbau und der weiteren Ausgestaltung unserer Bewegung ist ein Beweis dafür, daß die Mitglieder volles Vertrauen zur Bewegung haben. Nun sollen die in Aussicht genommenen und bereits beschlossenen Reformen schon baldmöglichst zur Durchführung gelangen. Wir sind vor allem davon überzeugt, daß der bedeutend erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes, mit seinen jetzigen drei Vorsitzenden an der Spitze, das in ihn gesetzte Vertrauen weitestverbreiteter Kreise auch rechtfertigen wird.

Für alle vorgesehenen Verhandlungsgegenstände war die nur zur Verfügung stehende Zeit nicht ausreichend. Ein Bericht über die Betriebsräte und Gewerkschaften und ein weiterer Bericht über den Deutschen Gewerkschaftsbund mußten darum bis zur nächsten Ausschusssitzung zurückgestellt werden. Mit den Vorbereitungen für die Abhaltung eines christlichen Gewerkschaftskongresses im Sommer dieses Jahres wurde der Vorstand des Gesamtverbandes beauftragt.

Ueber den Verband deutscher Kriegsbeschädigten und die Notwendigkeit der Förderung und tatkräftigen Unterstützung dieses Verbandes durch die Funktionäre unserer Bewegung referierte Kollege Buttebrodt. Der Verband zählt zur Zeit in etwa 1000 Ortsgruppen, die sich über das ganze Reich verteilen, rund 100.000 Mitglieder. An einer intensiven Förderung und weiteren Stärkung dieser Organisation ist unsere Bewegung lebhaft interessiert. Der von sozialdemokratischen Organisations- und Schriftleitern ins Leben gerufene Reichsbund deutscher Kriegsbeschädigten ist so wenig neutral, wie es die „freien“ sozialdemokratischen Gewerkschaften sind. Insofern Mitglieder der christlichen Gewerkschaften diesem Reichsbund als Mitglieder angehören, müssen darum dieselben aufgefordert werden, sich dem Verband der Kriegsbeschädigten anzuschließen. Alle christlichen Gewerkschaften müssen sich der Sache der Kriegsbeschädigten, viel mehr als wie bisher geschehen, annehmen, vor allem auch deshalb, weil die reichsgefegliche Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen gefallener Krieger zur Zeit noch völlig ungenügend ist. So erhalten nach Angaben des Referenten z. B. Kriegsbeschädigte, die eines besonderen Pflegers unbedingt bedürfen, nur eine Monatsrente von 250 M., Kriegervitwen mit zwei Kindern 150 M. und mit drei und vier Kindern nur 160 M. Monatsrente.

Ueber den derzeitigen Stand und die allgemeine Lage unserer Bewegung erfaßte der Kollege Kaiser vom Generalsekretariat ein sehr instruktives Referat. Vom Referenten wurde nicht nur allein mitgeteilt, wie sich die führenden Kollegen des Gesamtverbandes die Reformierung der Bewegung denken, sondern auch da, wo es angebracht war und Nutzen für die Gesamtbewegung versprach, rücksichtslos und freimütig Kritik geübt. Die Ortsgruppen und Zahlstellen aller christlichen Gewerkschaften sollen im ganzen Reich zu Orts- und Bezirkskartellen zusammengefaßt werden. Ein dichtes lückenloses Netz von Kartellen soll sich so über das ganze Reich erstrecken. In den geschlossenen Industriebezirken und einzelnen Landesteilen sollen besondere Stützpunkte der Bewegung gebildet werden. Wenn auf der ganzen Linie diese Neuorganisation strikte durchgeführt würde, wäre auch die Gewähr dafür gegeben, daß bei wichtigen Aktionen Direktiven von der Leitung des Gesamtverbandes einheitlich in die Tat umgesetzt werden könnten. Für eine erfolgreiche Unternehmung wäre der gute Wille ausschlaggebend. Für unsere Bewegung käme es darauf an, daß sie getragen würde von dem guten Geiste ihrer Gründungsmitglieder.

Vom Schriftleiter des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften, Kollegen Janßen-Köln, wurde berichtet über die politische Lage und die sich daraus für unsere Bewegung ergebenden Aufgaben. Der Redner erörterte kritisch die Ergebnisse der letzten Zeit. Notwendig sei vor allem, daß wir für die Folge in noch viel stärkerem Maße unsere Selbständigkeit hervorbetonen lassen. Wir könnten und dürften nicht im Troß der Sozialdemokratie laufen. Eine noch gründlichere Scheidung der Geister sei unbedingt erforderlich. Ferner sei notwendig eine klare und zielbewußte Führung. Die in unserer Bewegung lebenden Ideen würden uns halten noch zu einer Zeit, wo uns die Erfolge bei Lohn- und Tarifbewegungen nicht mehr halten könnten. Darum sei unerlässlich eine noch gründlichere Erziehung unserer Mitglieder nach der grundsätzlichen Seite hin.

In der sich an die Berichte anschließenden regen Aussprache wurde allgemein einer innigeren Zusammenfassung aller derjenigen Kräfte das Wort geredet, die sich zum Christentum der Tat bekennen. Jedes überflüssige Generalkriterium, jedes Stilllegen von lebenswichtigen Betrieben, wodurch z. B. Kranke, Wöchnerinnen und Säuglinge gefährdet würden, sei ein Verbrechen an deutschen Volke. Ohne ein soziales Christentum könne es keine Gesundung unserer Verhältnisse geben. Von mehreren Teilnehmern wurde die Abhaltung von besonderen Beamtenkurien in den verschiedenen Landesteilen gewünscht. Ferner die Herausgabe von sozialen Schriften und Flugblattmaterial. In diesem Sinne wurden entsprechende Beschlüsse gefaßt. Den vorhandenen Beiratsmitgliedern entsprechend werden ein „Frauenblatt der christlichen Gewerkschaften“ und eine Zeitschrift „Gewerkschaftsjugend“ vom Gesamtverband herausgegeben werden. Die ersten Nummern

dieser neuen Blätter werden noch im laufenden Monat erscheinen. In der Ferienzeit wird in Köln unter Leitung des Schriftleiters der Deutschen Arbeit, Kollegen Theodor Brauer, ein mehrwöchentliches Kursus für neuangestellte Beamte in unserer Bewegung abgehalten. Außerdem werden besondere Kurse für die Heranbildung eines gewerkschaftlichen Führernachwuchses vorbereitet. Ferner wurde die Herausgabe neuer sozialer Schriften und Flugblätter beschlossen. Mit Rücksicht auf die noch ständig steigenden Mehrausgaben für Verwaltung, Zentralblatt usw. wurde eine Erhöhung des Beitrages beschlossen und zwar zunächst für ein halbes Jahr M. 1,— pro Jahr und männliches und M. 0,80 pro Jahr und weibliches Mitglied.

In den Vorstand des Gesamtverbandes wurden gewählt: Stegerwald, Behm, Behrens, Gutsch, Imbusch, Kurtscheid, Wieber, Wiebeberg, Rothhäuser, Karl Schmitz, Bernhard Otte, Tremmel, Cammann, Thronert, Theodor Brauer, Baltrusch, Junken, Kaiser, Christine Teusch, Giesberts, Becker-Arnberg und Vogelgang. Zu Vorsitzenden wurden gewählt als erster Stegerwald, als zweiter Behrens und als dritter Kurtscheid. Der geschäftsführende Gesamtverbandsvorstand setzt sich zusammen aus: Stegerwald, Kurtscheid, Otte, Karl Schmitz, Rothhäuser, Theodor Brauer, Junken, Kaiser und Christine Teusch.

Durch einige größere Kundgebungen soll in der nächsten Zeit erneut eine stärkere Werbung für die in der christlichen Arbeitnehmerbewegung lebenden Gedanken eingeleitet werden.

### Ein Demobilisierungskommissar über die Frage des Verhandlungsausschlusses.

Der deutsche Textilarbeiterverband hat in der letzten Zeit wiederholt in seinen Domänen gemeinsame Tarif- und Verhandlungen bei sonstigen Bewegungen mit unseren und mit Vertretern des Hirsch-Dunderschen Verbandes abgelehnt. So u. a. auch in der Spachtel- und Lambourindustrie Plauen. Am 19. November 1919 „begründeten“ die Funktionäre des deutschen Verbandes ihre ablehnende Haltung gegenüber einem Vertreter des Arbeitgeberverbandes noch schriftlich damit: „daß wir nach wie vor heute noch der Meinung sind, daß der deutsche Textilarbeiterverband allein darüber entscheiden muß, wann, wo und mit wem eine Regelung der Arbeitsverhältnisse für seine Mitglieder stattzufinden hat. Wir können also zu unserem lebhaften Bedauern dem Vorschlag der Herren Arbeitgeber vom 18. 11., gemeinsam mit der Organisation christlicher Textilarbeiterverband und Gewerksverein Hirsch-Dunder die Verhandlungen neu aufzunehmen, nicht folgen, sind aber jeden Tag bereit, mit Ihnen die Verhandlungen weiterzuführen.“

In diesem Schreiben an den Vertreter des Arbeitgeberverbandes hat der deutsche Textilarbeiterverband seinen krasse Machtspruch hervorgekehrt. Der Inhalt desselben erinnert lebhaft an die Stellungnahme mancher „Harmacher“ gegenüber den Gewerkschaften in der Vorkriegszeit. „Darüber haben nur wir allein zu entscheiden, wann, wo und mit wem eine Regelung der Arbeitsverhältnisse stattzufinden hat.“ Klingt das nicht vorkriegszeitlich schamlos? Sicher aber ist ein solcher Standpunkt so wenig sozial wie er auch nicht demokratisch ist. Er ist auch insofern von seiten des deutschen Textilarbeiterverbandes inkonsequent, als die Leiter dieses Verbandes noch in einer Sitzung der zentralen Kommission für die Textilindustrie in Berlin am 12. und 13. August 1919 die auch unseres Erachtens ganz richtige Auffassung vertreten haben, daß die Organisationen der Nebenberufe in der Textilindustrie (Seizer, Maschinisten, Handwerker

usw.) zu den Verhandlungen zur Vertretung der Interessen ihrer Berufsangehörigen zuzuziehen sind, falls es nicht gelingt, den Textilarbeiterverbänden bei Vertragsverhandlungen ein Mandat zur Vertretung der Nebenberufe zu erteilen. (Nachzulesen in einer gedruckten Niederschrift über die oben mitgeteilte Sitzung in den „Mitteilungen des Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie“, Nr. 12 vom 6. September 1919.) Trotz dieser damals eingenommenen an und für sich ganz selbstverständlichen Haltung hat der deutsche Textilarbeiterverband in der letzten Zeit wiederum erneut versucht, unseren Verband bei Verhandlungen auszuschließen.

Als der deutsche Textilarbeiterverband auch in der Plauener Spachtel- und Lambourindustrie gemeinsame Verhandlungen mit unseren Vertretern ablehnte, verweigerten die Arbeitgeber überhaupt jegliche Verhandlungen. Daraufhin traten die Mitglieder des deutschen Textilarbeiterverbandes in den Streik. Nun klagten sowohl der Fabrikantenverein der Spachtel- und Lambourindustrie Plauen als auch unser Verband, um durch einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses gemeinsame Verhandlungen zu ermöglichen. Der Schlichtungsausschuß Plauen entschied am 17. November 1919, daß der Fabrikantenverein der Spachtel- und Lambourindustrie verpflichtet sei, mit dem Deutschen Textilarbeiterverband zu verhandeln. Gegen diese ganz sonderbare Anschauung und Entscheidung erhob unser Verband Einspruch beim Demobilisierungskommissar. Dieser hob den Schiedsspruch auf, und es fanden am 19. Februar 1920 erneute Verhandlungen statt. In diesen wurde nun aber derselbe Schiedsspruch wieder hergestellt. Man glaubte die Situation zu retten, wenn man dem Schlichtungsausschuß eine andere Zusammensetzung gab. Unsere Verbandsvertreter hielten aber an ihrer ursprünglichen Auffassung fest, daß die Verhandlungen gemeinsam mit unserem Verbandsgegner gepflogen werden müßten. Daraufhin wurde nun entweder vom deutschen Textilarbeiterverband oder vom Schlichtungsausschuß beim Demobilisierungskommissar beantragt, den Schiedsspruch für allgemein verbindlich zu erklären. Der Demobilisierungskommissar entschied folgendermaßen:

„Südau, am 22. März 1920.“

Der unterzeichnete Demobilisierungskommissar ist nicht in der Lage, die beiden Schiedssprüche in Sachen des Fabrikantenvereins der Spachtel- und Lambourindustrie gegen den deutschen Textilarbeiterverband in Sachen, des Schneiderverbandes, Zschillen Plauen, gegen den Allgemeinen Arbeiterverband für das Schneidergewerbe für verbindlich zu erklären.

Jede Arbeitnehmervereinigung hat zweifellos das Recht, für sich allein eine Verhandlung mit der entsprechenden Arbeitgeberorganisation auf Abschluß eines Tarifvertrages einzuleiten. Es ist aber den Arbeitgeberorganisationen ebenso unzulässig, andere in ihren Betrieben vertretene Arbeiterverbände zu den Verhandlungen mit hinzuzuziehen bezw. auf ihr Ersuchen hin zuzulassen. Es besteht nicht nur ein öffentliches Interesse daran, daß Tarifverträge überhaupt abgeschlossen werden, sondern auch daran, daß die Arbeitsverhältnisse aller in einem Betriebe oder Betriebszweige beschäftigten Arbeiter gleichmäßig geregelt werden. In dem Maße ist aber notwendig, daß alle in Frage kommenden Arbeiterorganisationen bei dem Abschluß der Verträge mitwirken können.

Es erscheint daher nicht angängig, daß eine amtliche Stelle wie der Schlichtungsausschuß Arbeitgebervereinigungen verpflichten will, lediglich mit einer Arbeiterorganisation unter Ausschluß der andern zu verhandeln. Diese Auffassung würde zur Folge haben, daß die durch die ausgeschlossenen Organisationen vertretenen Arbeiter, zumal wenn sie, wie es bei den Schlichtungssachen der Fall ist, die Minderheit der Arbeiter bilden, beim Abschluß eines Tarifvertrages weder entscheidend mitwirken können noch überhaupt gehört wurden. Da es aber Hauptzweck des Arbeitnehmerzusammenschlusses ist, den entsprechenden Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen zu gewinnen, müßten die Mitglieder dieser Organisationen, die an der Teilnahme von Tarifverhandlungen ausgeschlossen werden sollen, das Interesse an der Organisation verlieren, was wiederum Austritt aus ihr zur Folge haben

würde. Aus dieser Erwägung heraus kann die Verbindlichkeitserklärung der Schiedsbehörde nicht erfolgen, weil sie zweifellos eine Beeinträchtigung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes in sich schließt.“

Diese Entscheidung ist eine glänzende Rechtfertigung unserer Haltung in der Frage der Zulassung aller gewerkschaftlichen Organisationen bei Tarifverhandlungen.

### Allgemeine Rundschau.

Was haben wir Kapp-Lüttwisch zu danken?  
Es soll hier nicht die Rede davon sein, wie uns die Kapp-Lüttwisch-Woche politisch geschadet hat. Es soll nicht geschildert werden, wie unser Ansehen dadurch im Ausland wieder gestiegen hat. Auch nicht, wie dadurch unser Kredit, den wir uns im Ausland bereits gesichert haben, wieder gestiegen ist. Es soll auch nicht im einzelnen hier aufgezählt werden, welche ungeheuren Schäden der Putz auf wirtschaftlichem Gebiete verursacht hat, das läßt sich zur Zeit noch nicht in seinem Gesamtzusammenhange übersehen. Wir wollen nur erwähnen, wie der Kapp-Lüttwisch auf die Textilindustrie gewirkt hat, weil uns das als Angehörige dieser Industrie am meisten interessiert. Wie schon gesagt, wurde das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Wirtschaft schwer erschüttert. Das hatte die bereits im Gange befindlichen oder in Aussicht genommenen Verhandlungen über Beschaffung von Rohstoffen wesentlich beeinträchtigt. Da die Textilwirtschaft mit ihren Rohstoffbezügen und auch zum Teil mit ihrem Absatz auf das Ausland angewiesen ist, wird diese besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen. Vor dem Putz eröffnete die Besserung der politischen Verhältnisse günstigere Aussichten für die Textilindustrie, die sofort zerstört sein dürften. Es waren, um die Schwierigkeiten zu überwinden und die Rohstoffbezüge zu finanzieren, hoffnungsvolle Verhandlungen mit amerikanischen und englischen Gruppen angeknüpft, um Rohstoffe aus Kredit zu kaufen und Lohnarbeit zu übernehmen. Diese Beziehungen, die in besonderer Weise das Vertrauen des Auslandes auf die deutsche Wirtschaft voraussetzten, sind gestört worden. Die Folge wird sein eine erhebliche Verminderung der Produktion der deutschen Textilindustrie und eine erhebliche Verminderung der Versorgungsmöglichkeit des Auslandes mit Textilien. Soweit Auslandsbestellungen erfolgen, wird das Ausland die Vorgänge bemerken, um einen Preisdruck auszuüben. Wie der Militärputsch eine starke Zurückhaltung des Auslandes zur Folge haben wird, so wird er auch in Deutschland zu einer weiteren Zurückhaltung der deutschen Unternehmer bei der Investierung neuer Kapitalien in Produktionsanlagen führen. Die deutsche Unternehmerlust wird sich für die nächste Zeit stark vermindern. Aber auch die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters dürfte infolge der politischen Währung leiden. Ganz selbstverständlich hat auch der wesentliche Rückgang der Kohlenförderung infolge des Generalstreiks und der unerhörten Vorgänge im Ruhrgebiet gestritten. Dazu kam der Eisenbahnstreik mit seinen Folgen. Viele Fabriken sind ohne Kohlen, so daß selbst die Fabriken, die vielleicht mit Rohstoffen etwas eingedeckt sind, infolge Kohlenmangels nicht zu produzieren vermögen. Das alles und noch vieles mehr haben wir Kapp-Lüttwisch zu verdanken. Ob das alles Kapp-Lüttwisch nicht im voraus so kommen sah? Wenn ja, dann sind es Verbrecher, wenn nein, dann sind es politische Kinder. Aber weder Verbrecher noch politische Kinder darf man die Regierung übertragen. Glücklicherweise war ihre Herrlichkeit auch nur von kurzer Dauer.  
Tr.

Der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft zum Militärputsch vom 14. März.  
In der Zentralvorstandssitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft vom 29. März d. J. wurde u. a. auch die

Wer will, der kann,  
Wär's brechen, wär's biegen,  
Wer will, wird siegen!  
Nur nicht bequem werden,  
Nur nicht erliegen!

### Zielbewußt.

In einem Lazarett der Großstadt D. lag zu Anfang des Jahres 1915 ein junger Krieger bei einem Geschicht hatte er durch Einschlagen einer Granate das rechte Bein vollständig verloren. Nach monatelangem Siechtum kam allmählich die Genesung, zugleich aber auch die Erkenntnis, daß er seinen Beruf als Schlosser nicht mehr ausüben könne. Eine besondere Liebe zur Musik veranlagte ihn, schon im Lazarett Musikstudien zu machen. Mit Eifer suchte er sich die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten anzueignen. Durch Fleiß und Ausdauer überwand er mutig alle Hindernisse. Als ich ihn kürzlich durch Zufall traf und ihn nach seiner Kunst frag, sprach er: „Noch eine Prüfung muß ich bestehen, dann habe ich mit einem neuen Beruf ergriffen.“ Wie war es möglich gewesen, so bald umzuwenden? Er hatte sein Ziel, seine Lebensaufgabe klar erkannt, den richtigen Weg eingeschlagen und verfolgt, keine Mühen und Opfer gescheut und sich durch keinerlei Schwierigkeiten davon abhalten lassen. Er war zielbewußt.

Dieses Wort ist in der heutigen Zeit mehr denn je in Gebrauch gekommen. Es bezeichnet eben eine Eigenheit, die so alt ist wie das Menschengeschlecht. In allen Zeiten und bei allen Völkern hat es zielbewußte Persönlichkeiten gegeben. Je größer ihre Zahl war, desto besser war es um das Volk und um die Nation ge-

stimmt. In unserer heutigen Zeit bei dem hastigen Treiben und Drängen, bei dem schweren Kampf ums Dasein, müßten wir mehr zielbewußte Menschen haben als ein jedes andere Jahrhundert aufzuweisen hatte. Müßte ein jeder zielbewußt sein, der sich nicht selbst verlieren und untergehen will.

Zielbewußt müssen auch wir als christliche Gewerkschaftlerinnen ganz besonders sein. Und zwar haben wir ein geistiges und ein wirtschaftliches Ziel. Um unser geistiges Ziel zu erreichen, brauchen wir die Ausbildung unseres Verstandes und unseres Willens. Ein gewisses Maß von Kenntnissen und Fertigkeiten und einen festen Charakter müssen wir uns aneignen. Daher müssen wir Sorge tragen, daß wir das, was wir in der Jugend gelernt haben, behalten, vertiefen und erweitern. Um unser Wissen zu erweitern wird uns Kollegeninnen die beste Gelegenheit geboten in unserer Organisation; durch fleißigen Besuch unserer Versammlungen, durch rege Teilnahme an unseren sozialen Kurzen, durch eifriges Wesen unseres Verbandsorgans und durch tatkräftiges Mitarbeiten in der Kleingewerkschaft. Die Teilnahme an unseren sozialen Kurzen ist immer förderlich, selbst wenn man nicht zugleich Gebrauch von den erlangten Kenntnissen machen kann. Würden nur all die Mittel, die uns die Organisation bietet, angewandt, auf welcher hoher Stufe geistiger Bildung ständen dann unsere Gewerkschaftlerinnen! Darum Kollegeninnen, ergreifen wir die uns vom Verband gebotenen Gelegenheiten zur geistigen Ausbildung. Denkt mir als bewußte Gewerkschaftlerinnen unter Ziel erreichen.

Wer mit dem Leben spielt  
verliert sein Recht  
Wer sich nicht selbst befehligt  
bleibt unterworfen.  
Hans M.

### Der kleine Eigenbau als Helfer in der Wohnungsnot.

Es ist eine schon oft betonte, aber immer noch keineswegs genügend beachtete Tatsache, daß gegenüber der ungeheuren Wohnungsnot jetzt der Eigenbau des Minderbemittelten eines der allerbesten Hilfsmittel ist. In den breiten Schichten unseres Volkes steckt eine ganz außerordentliche Sehnsucht nach einer eigenen Scholle, jetzt noch verstärkt durch die trüben Erfahrungen der Lebensmittelversorgung und der Wohnungsnot. Zahllose Familien sind aber bereit und auf Grund der guten Verdienste der vergangenen Jahre auch in der Lage, wenn es sich nur um kleine Eigenhäuser für sie selber handelt, auch mit wesentlich geringeren öffentlichen Beihilfen zu bauen, als im allgemeinen erforderlich sind, um die jetzige Bauteuerung zu überwinden. Ebenso sind sie bereit, durch eigene Mitarbeit und ständige persönliche Mitwirkung das schnelle und billige Zustandekommen der Bauten wirksam zu fördern. Hier liegen also auch unter den jetzigen bedrückten Verhältnissen erhebliche Möglichkeiten des Bauens vor. Diese Gedanken finden eine erneute wertvolle praktische Bestätigung durch die Erfahrungen, die in der jetzt abgelaufenen Bauperiode des Jahres 1919 in dem nördlichen Vorortkreis von Berlin, im Kreise Niederbarnim, gemacht worden sind. Es liegt hierüber in der Zeitschrift „Die Volkswohnung“ vom 24. November d. J. (Verlag Wilhelm Ernst u. Sohn, Berlin) ein interessantes Bericht vor. Zum Kreise Niederbarnim ist die Förderung der Bauertätigkeit möglichst begünstigt und wirksam zu gestalten, schon im November 1918 eine besondere Bauvereinsgesellschaft vom Reich aus ins Leben gerufen worden, deren Leiter der Architekt zugleich die Verwaltung des Kreises ausübt. Mit Hilfe dieser Bied-

Stellung der Zentralarbeitsgemeinschaft zum Rapp-Lüttwisch-Bußsch lebhaft debattiert. Dabei spielte auch die Frage der Bezahlung der Streikstage durch die Unternehmer eine erhebliche Rolle. Der Zentralvorstand kam schließlich in der Sache sinngemäß zu folgendem Beschluß:

„Der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft be-  
dauert, daß durch eine Verkettung von Umständen es nicht  
möglich gewesen ist, durch gemeinsames Vorgehen, wie es den  
paritätischen Grundfragen der Zentralarbeitsgemeinschaft ent-  
spricht, dem Rapp-Lüttwisch-Bußsch ein sofortiges Ende zu bereiten.  
Es herrscht Einmütigkeit darüber, daß der Bestand der Zentral-  
arbeitsgemeinschaft für die Weiterentwicklung unseres Wirt-  
schaftslebens unbedingt erforderlich ist.“

Was die Frage der Bezahlung der Streikstage anlangt,  
hält der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft  
für, daß, trotzdem eine rechtliche Verpflichtung zur Bezahlung  
der Streikstage nicht besteht, wirtschaftliche Weisheit es gebietet,  
zu diesem außerordentlichen Fall für die Zeit des General-  
streiks eine weitgehende wirtschaftliche Beihilfe zu gewähren.  
Auch dürfen die Streikstage nicht auf die Urlaubstage an-  
gerechnet werden. Bei bereits abgeschlossenen freien Verein-  
barungen soll es sein Verwenden haben.“

**Zur Bezahlung der Streikstage.**

Die Nordostdeutsche Arbeitsgemeinschaft für die Textil-  
industrie hat einstimmig beschlossen, alle ihre Mitglieder  
anzuwiesen, sechs Tage des Generalstreiks mit dem tarif-  
mäßigen Lohne und der Steuerzulage zu bezahlen. Die  
Arbeitsgemeinschaft umfaßt die größeren Betriebe  
von Berlin, die Provinz Brandenburg mit Ausnahme  
der Orte, die zur Nieder-Saßiger Tuchindustrie gehören,  
sowie Mecklenburg und Pommern.

**Gutenberg-Bund (Vereinigung christlicher Buch-  
drucker).**

Durch den Abbruch der Tarifverhandlungen verursacht,  
hielt die christliche Buchdruckerorganisation am 9. und  
10. März ds. J. in Berlin eine außerordentliche General-  
versammlung ab. Mit Ausnahme der Provinz Ostpreußen  
waren Delegierte aus allen Landesteilen erschienen.  
Bundesvorsitzender Thranert (Berlin) berichtete über die  
letzte Tarifausschussung der Deutschen Buchdrucker,  
die deshalb resultatlos verlief, weil die Prinzipale des Buch-  
druckgewerbes einen wenig rühmlichen unsozialen Stand-  
punkt einnahmen. Das Reichsarbeitsamt fällt darauf  
einen Schiedsspruch, den die Prinzipale anfänglich ab-  
lehnten, nach dem Generalstreik jedoch annahmen. Nur  
so konnte der Frieden im Gewerbe erhalten werden. Die  
Generalversammlung beschloß die Erhebung eines wochen-  
täglichen Extrabeitrages von zwei Mark, um im Falle eines  
Bohnkampfs gesichert zu sein. Ueber das Vertriebsräte-  
gesetz unter besonderer Berücksichtigung des Buchdruck-  
gewerbes sprach Redakteur Bernoth. In der angenommenen  
Entschlußfassung wird betont, daß die im § 67 getroffene  
Sicherung für die politische Tagespresse mit aller Deutlich-  
keit zeige, wohin es führen kann, wenn nur eine Gewerk-  
schaftsrichtung sich zur Monopolstellung im Gewerbe  
herausbilde. Die beste Sicherung für die Meinungs-  
freiheit der Presse ist die Stärkung der christlichen Buch-  
druckerorganisation, die die einzige Interessensvertretung  
für alle nichtsozialistischen Buchdrucker in Deutschland ist.  
Auch die Stellung der bürgerlichen Tagespresse zu den  
christlichen Gewerkschaften fand ausgiebige Erörterung.  
Redakteur Bernoth (Berlin) gab in seinem Referat Richt-  
linien für das Zusammenarbeiten der Gewerkschafts-  
leitungen mit den Tageszeitungen. In der angenommenen  
Entschlußfassung heißt es: Der Einfluß der Tagespresse ist  
heute größer denn je. Die außerordentliche General-  
versammlung des Gutenberg-Bundes, als die Organisation  
der mit der Presse in enger Berührung stehenden Arbeiter,  
wünscht daher den Deutschen Gewerkschaftsbund um Förderung  
und Unterstützung, jener Zeitungen und Zeitschriften die  
der christlich-nationalen Arbeiterbewegung wohlwollend

gegenüberstehen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften  
verdanken ihre Zahlenstärke vorwiegend der sozialdemo-  
kratischen Parteipresse. Die christlich-nationalen Gewerk-  
schaften zählen unter den zwei Millionen Mitgliedern  
Anhänger aller bürgerlichen Parteien und müssen daher  
erwarten, daß deren Presse auch für ihre Ideen eintritt.  
Jeder christliche Gewerkschaftler hilft unsere Bewegung  
stärken, wenn er für seine Tageszeitung eintritt, sei es  
durch Bezug oder Mitarbeit. Innerhalb der örtlichen  
Organisationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes sollen  
örtliche Presseauschüsse gebildet werden, die sich in erster  
Linie der Pflege der Presse annehmen müssen. Ueber  
den Zusammenschluß der beiden graphischen Organisationen  
Gutenberg-Bund und Graphischer Zentralverband zum  
christlichen Graphischen Industrieverband berichtete der  
erste Vorsitzende, Kollege Thranert. Es müsse erreicht  
werden, daß alle auf christlichem Boden stehenden Arbeiter  
und Arbeiterinnen der graphischen Industrie sich dieser  
christlichen Organisation anschließen.

**„Wie mit Beiträgen gewirtschaftet wird.“**

Unter dieser Spitzmarke lesen wir im „Vorwärts“,  
dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutsch-  
lands:

„Die augenblickliche Wirtschaftslage macht es für die  
Gewerkschaften nötiger als je, mit Beiträgen der Mitglieder  
so sparsam wie möglich zu wirtschaften. Es mehren sich die  
Fälle, wonach Organisationen ganz erhebliche Summen, die  
sich zum Teil aus Beiträgen der Mitglieder mehrheitssozialistischer  
Richtung zusammensetzen, zur Bekämpfung dieser Richtung  
benutzen.“

Wie der „Vorwärts“ vor einiger Zeit berichtete, gab ja  
im Anschluß an die Vorgänge des 13. Februar die Berliner  
Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes ein Flugblatt  
als „Beilage für die Mitglieder“ heraus, in welchem unter  
Zuandelegung lügenhafter Darstellungen schwere Angriffe  
gegen Ober und Wüste gerichtet wurden.

Neuerdings berichtet die „Freiheit“ von einem „schweren  
Reinfall der Rechtssozialisten“ in einer Versammlung der Ber-  
liner Agitation des Buchdrucker-Verbandes.

Dort hat ein Anhänger unserer Richtung dagegen pro-  
testiert, daß Beiträge von mehrheitssozialistischen Mitgliedern  
zu ihrer eigenen Bekämpfung verwendet werden. Nun war  
es interessant zu hören, daß der unabhängige Kassierer schon  
nach einigen Wochen Amtstätigkeit in seiner Kasse ein Man'o  
von 600 M. hat, das die Mitglieder decken sollen. Unser  
Redner zweifelte die Fähigkeit dieses Herrn an und forderte  
den richtigen Mann an den richtigen Platz. Die Herren  
U. S. P. Beamten wiesen den Vorwurf unseres Redners mit  
gekünstelter Entrüstung zurück und nannten ihn „bewußter  
Lügner“, „Lump“ u. a. Diese Leute scheinen jedoch ein sehr  
kurzes Gedächtnis zu haben. Im „Mitteilungsblatt der Orts-  
verwaltung Berlin“, Nr. 13 vom 28. November 1919, schreibt  
der Kommunist und Obmann der Hilfsarbeiter der Reichs-  
druckerei einen mit „Bohr, Finanz- und Steuerpolitik“ betitelten  
Artikel, der seiner ausgesprochenen Tendenz wegen nur in die  
„rote Fahne“ gehört. Dieses Mitteilungsblatt wird aus den  
Mitteln der gesamten Berliner Mitgliedschaft bezahlt. Ueber  
die Qualifikation des Schreibers, der sich das Recht zu solch  
der hehender Propaganda herausnimmt, wird uns mitgeteilt,  
daß derselbe wegen geistigen Defizits vom Militär entlassen und  
dann Munitionsarbeiter geworden sei. Dieser Herr bezeichnet  
Sozialdemokraten, die ihrer Ueberzeugung treu geblieben sind,  
mit Ausdrücken wie „Lumpen“.

Menschen, die einen Verräterschein in der Tasche haben,  
dürfen bekanntlich straflos ihr Unwesen treiben. Aufgabe der  
besonnenen Arbeitererschaft muß es sein, solchen Verrätern der  
Demokratie endlich das Handwerk zu legen. Nur wenn es  
gelingt, diese sonderbaren Heilsapostel matt zu legen, kann die  
gewerkschaftliche Einheitsfront gehalten werden.“

Solange wir in der „guten alten Zeit“ nur eine  
sozialdemokratische Partei hatten, war auch der „Vor-  
wärts“ damit einverstanden, daß die Gewerkschaftsleiter,  
die sich aus Beiträgen von nichtsozialdemokratischen Mit-  
gliedern zusammenlegten, für Parteizwecke verwendet  
werden. Diejenigen Arbeiter, die sich das nicht bieten  
ließen, wurden als Arbeiterverräter und Arbeiterzer-  
splitterer beschimpft. Ja, ja, wer Untreue sät, kann  
unmöglich gute Frucht ernten.

Zuschüsse wurde dabei davon abhängig gemacht, daß sich  
der Bauende bei Ausarbeitung und Durchführung seines  
Bauvorhabens den Vorschriften der Bauberatungsstelle  
unterwirft.

Die Ausführungen des oben erwähnten Aufsatzes weisen  
am Schluß mit Recht darauf hin, daß die Förderung  
der Einzelbauten auch ein vorzügliches Mittel sei, um die  
für die Landwirtschaft so dringend notwendigen Arbeits-  
kräfte auf das flache Land zu ziehen. Es fänden auf dem  
Lande Parzellierungen und Landverkäufe in außer-  
ordentlich großem, der Beaufichtigung kaum unterworfenem  
Umfange statt. Für die landwirtschaftlichen neuen Besitzer,  
meist Arbeiter, die sich etwas erparat hätten, könne zunächst  
das System des sogenannten Kernbaues genügen, wonach  
zuerst nur eine Stube und eine kleine Küche geschaffen  
würden, die später, wenn es zum Bau eines eigentlichen  
Wohnhauses komme, als Stall und Wäschküche Ver-  
wendung finden könnten.

Man wird in der kommenden Bauperiode diese Nieder-  
barnimer Erfahrungen ernstlich beachten und die Kraft des  
kleinen, nach einem eigenen Heim trachtenden Mannes  
noch weit mehr als bisher für die Bekämpfung der gegen-  
wärtigen Wohnungsnot einspannen müssen. Um diese  
Kraft richtig nutzbar zu machen, bedarf es aber weit-  
gehender Bekämpfung von allen irgendwie entbehrlichen  
öffentlich-rechtlichen Hemmnissen und Verteuerungen solcher  
Bautätigkeit, sowie ferner, wie nach den Niederbarnimer  
Erfahrungen anzunehmen ist, der ständigen beratenden  
Hilfe eines erfahrenen Architekten, und — unter den  
gegenwärtigen Umständen — natürlich auch der Gewährung  
gewisser finanzieller Zuschüsse.

**Aus unserer Industrie.**

**Preisrückgang am Textilwarenmarkt?**

In den Kreisen der Webstoff- und Webstoffwaren-  
Interessenten beschäftigt man sich zur Zeit besonders  
lebhaft mit der Frage, ob ein Preisrückgang zu erwarten  
ist. Die „Textil-Woche“ weist darauf hin, daß die letzten  
höchsten Preisforderungen der Weber von den Konsumierern  
im allgemeinen abgelehnt worden sind und daß alle Zu-  
rückhaltung nicht vor der Notwendigkeit blind machen  
dürfte, sich Ware zu sichern. Die konfessionierende In-  
dustrie, so schreibt das Blatt weiter, wird dabei aller-  
dings kaum ihre Fertigfabrikate per drittes Quartal und  
später auf Grund der heutigen Einkaufspreise kalkulieren,  
sondern mit älteren Abschlüssen zusammenlegen, denn,  
ob nach vier bis fünf Monaten die Kaufkraft  
und die Kaufkraft unverändert bestehen bleiben  
und bereit sein wird, auf den effektiven Einkaufspreis  
kalkulierte Kleinhandelspreise anzulegen, ist denn doch  
eine Frage für sich. Sturmzeichen für einen Preisrückgang  
sind aber nicht vorhanden, und es gilt nur, klaren Kopf  
und ruhig Blut zu bewahren, nicht zu spekulieren, son-  
dern einzukaufen, was nötig ist.

**Aus unserer Bewegung.**

**An die Kolleginnen!**

Schon auf der Generalversammlung waren Wünsche  
laut geworden, man möge das Verbandsorgan etwas  
mehr für die Kolleginnen zuschreiben. Die Wünsche  
waren berechtigt und gewinnen von Tag zu Tag festen  
Boden. Die Schriftleitung hat den Bedürfnissen Bedeu-  
nung getragen und schon manchen Artikel, speziell für  
unserer Kolleginnen, gebracht. Manche Kollegin ist auch  
schon selbst zu Worte gekommen.

Wir wollen noch mehr wie bisher tun, wenn wir  
nur einmal aus den Kreisen der Kolleginnen hörten, ob  
die bereits erschienenen Artikel gelesen, durchgesprochen  
und nützlich waren oder wie es besser gemacht werden  
und was alles noch berücksichtigt werden könnte. Bis  
heute ist kaum eine Stimme zu uns gelangt, die einmal  
früh von Herzen weg geschrieben sei. Wir an der  
Schriftleitung würden uns freuen, einmal einige Mei-  
nungen zu hören. Christine Hölzgens.

**Zur Nachahmung empfohlen.**

Aus der Ortsgruppe Greiz wird uns geschrieben:  
Bei dem Vorstoß, den der Deutsche Textilarbeiterverband  
gegen unseren Verband gemacht hat, war es ihm ge-  
lungen, uns aus einem Betriebe einige Mitglieder abzu-  
nehmen. Kollege Friedrich, ein alter Vertrauensmann  
unseres Verbandes, schenkte weder Zeit noch Mühe, bis  
es ihm gelungen war, nicht nur sämtliche Mitglieder zu-  
rückzuholen, sondern noch einige Neuaufnahmen und einige  
Uebertritte aus dem Deutschen Verbande zu machen.  
Das war seine Osterarbeit. Wer macht's nach!

**Teuerungszulage im Bezirk M. Gladbach.**

Zwischen den vereinigten Arbeitgeberverbänden der  
Textilindustrie von M. Gladbach, Rheydt und Umgebung  
wurde am 31. März mit den beteiligten Arbeiterorgani-  
sationen vereinbart, daß ab 1. April 1920 auf die be-  
stehenden Tariflöhne folgender Aufschlag resp. Teuerungszu-  
lage gezahlt wird:

- 1. Die bestehenden Löhne werden für alle Arbeiter in  
Form einer Teuerungszulage, welche auf den  
Bruttoverdienst gezahlt wird, um 90% erhöht.
- 2. Die in dem Lohnabkommen als „Sonstige Arbeiter  
in Zeitlohn oder als Hilfsarbeiter oder als Ar-  
beiter in der Ausrüstung“ aufgeführt sind, erhalten,  
wenn sie männlichen Geschlechts und über 20 Jahre  
alt sind, eine Zulage von 100%.
- 3. Die Kopfzulage wird von drei auf vier Mark pro  
Woche erhöht.

**Aus der internationalen Textil-  
arbeiterbewegung.**

Nordböhmern. Die parteipolitische Neutralität  
der „freien Gewerkschaften“ zeigt sich jetzt wieder im  
hellsten Lichte. Die Mitglieder werden zu einer Parteifreie  
für Wahlzwecke der sozialdemokratischen Partei  
genötigt. Auf verschiedenen Arbeitsplätzen sind bereits 2 Kr.  
und mehr von den „frei“ Organisierten eingetrieben worden.  
Christliche Arbeiter merkt Euch wohl! Euch ist in den Ver-  
sammlungen immer vorgegaukelt worden, daß Ihr als Ge-  
werkschafter nicht für Parteizwecke oder gar gegen Eure  
christliche Ueberzeugung ankämpfen müßt. Nun verlangen  
aber die Vertrauensleute der „Union“ von Euch selber zur  
Wahl von Juden und Kirchenfeinden, die sicher nicht Eure  
religiöse Ueberzeugung fördern werden, die laut Beschluß der  
sozialdemokratischen Führer die Kreuze aus den Schulen werfen,  
den Religionsunterricht verdrängen, die Knechtung der Kirche  
geheißt festlegen. Ihr müßt also die Gelder hergeben, um  
Euren Götterglauben zu bekämpfen, den Ihr bisher heilig ge-  
halten habt. Los von solchen Leuten, heraus aus den sozial-  
demokratischen Gewerkschaften, hinein in die christlichen Arbeiter-  
organisationen! Wir treiben keine Parteipolitik als Gewerk-  
schafter, rufen Euch aber zu wählt nicht die Feinde Eures  
Glaubens, sondern diejenigen, welche denselben schützen  
und verteidigen. Sie werden als Christen auch Eure Standes-  
interessen gerecht vertreten. Wir wollen nicht nach dem frü-  
heren roten Anspruch handeln. Nur die 4. Vergrößerten Räte  
wählen Ihre Regier selber.

Friedländer Bezirk (Böhmen). Ueber die Bau-  
frage und Organisationsbestrebungen sprach unser  
Kollege Krager in einigen Versammlungen, zeigte das praktisch

ungsgesellschaft ist es gelungen, in der eben abgelaufenen  
Bauperiode eine, an den jetzigen Verhältnissen angemessene,  
recht bedeutende Bautätigkeit zu erzielen. Es ist aber  
besonders bemerkenswert, daß über die Hälfte der er-  
stellten Wohnungen nicht auf größere geschlossene Bau-  
unternehmungen entfällt, sondern auf die Kleinbauten  
einzeln Bauwüßiger, die ebenfalls planmäßig gefördert  
wurden. Ja, von den 1919 endgültig beziehbar fertig  
werdenden Wohnungen fällt sogar die ganz überwiegende  
Hauptmasse auf diese kleine Einzelbauten — ein deutliches  
Zeichen dafür, welche Erfolge der Eifer des einzelnen  
kleinen Bauenden für sein eigenes Unterkommen zu er-  
zielen vermag. Dabei ist — und das ist eigentlich das  
Aller bemerkenswerteste — bei diesen kleinen Eigenbauten  
darauf verzichtet worden, Bauzuschüsse in der Höhe der  
vollen Uebersteuerung zu geben, es wurde vielmehr nur  
eine allerdings beträchtliche Zuschußprämie gewährt. Auf  
diese Weise ist es gelungen, in solchen kleinen Einzelbauten  
589 Wohnungen mit rund vier und einer halben Million  
Mark Zuschuß zu errichten. Die Bindigkeit, der Eifer  
und die Arbeitslust dieser kleinen Bauherren erwiesen  
sich auch hier als ungemein förderlich und erleichterten auch  
die Beschaffung der Baumaterialien. Allerdings wurde  
im Interesse dieser Beschaffung von Baumaterialien die  
Bauweise auch den örtlichen Verhältnissen angepaßt.

Von Interesse sind noch einige Einzelheiten. Auch in  
Niederbarnim wieder wurde die Beobachtung gemacht,  
daß bei den Bauenden sehr stark der Wunsch herrschte,  
mehr als eine Wohnung in dem einzelnen Hause anzulegen,  
namentlich um noch Verwandte mit unterbringen zu  
können. Ferner ist wichtig, daß wohl das ganze Wert  
weitaus nicht so gelungen wäre, wenn nicht eine ständige  
Beratung und Beeinflussung der einzelnen Bauherren durch  
den Leiter der Siedlungsgesellschaft und Bauberatungs-  
stelle stattgefunden hätte. Die Gewährung finanzieller

Wirten unseres Verbandes zum Wohle der Textilarbeiter hier und in anderen Dörfern. Wir hatten durch unser Sekretariat 5000 Forderungen an die Textilfabriken beantragt, damit die dortige Textilindustrie in unserm Bezirk auch ungefähr auf die Lohnhöhe anderer Textilgebiete kommen sollte. Doch die Genossen hatten nur 25% für notwendig erachtet, damit die Fabrikanten, die die Waren wohl in der gleichen Preisgröße verkaufen, noch um 25% mehr aus den Kräften der Arbeiter Nutzen ziehen können. Nun haben die Genossen einmal gezeigt, wer der Unternehmern in die Hände arbeitet. Dafür wollten sie Liebhaber werden. Dafür mühten die Arbeiter in unserm Bezirk mehr hungern als anderwärts. Mit welchen unmoralischen Mitteln die „Union“ arbeitet, um ihre Schaffan zusammenzubalten, zeigen die Beispiele in Heinersdorf, wo durch den Beschluß der Union-Ortsgruppe nur jene Arbeiter in Arbeit gestellt werden dürfen, die die „Vertrauenspersonen“ vorschlagen. Die Fabrikleitung läßt sich das nicht bieten und hat den Betrieb dafür Monate geschlossen gehalten. Die Arbeiter müssen bei der ganz ungenügenden Unterfütterung hungern, nur um den Machtanspruch der roten Führer zu stützen. Das soll Freiheit sein! In Dittersbach leiteten sozialdemokratische Vertrauensleute zu den „höhen Christlichen“: sie mußten dafür sorgen, daß unsere Mitglieder, wenn sie nicht überleben, nur den Friedenslohn erhalten werden. Also Stärkung des Kapitals durch die „Genossen“!

**Freiwaldau.** Das feste Wachsen unserer Ortsgruppe ist den roten ein Dorn im Auge und werden sie nicht müde, durch ihre Verleumdungen daselbst zu verhindern zu suchen. Besonders Frau Sch. kann in ihrer Einseitigkeit christliche nicht genug verdammen. Frau Sch. möge doch ihre Weisheit, die sie an unseren Mitgliedern umsonst verschwendet, für sich behalten. Unsere Mitglieder aber lassen sich von ihrem dummen Geschwätz Frau Sch., nicht irre machen und sind sich ihrer Pflicht bewußt! Sparen Sie sich daher den Atem!

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

**Dülken.** Ein vom guten Geist getragene öffentliche Versammlung fand hier im Lokale Kemmelen am 28. März statt. Zuerst sprach Bezirksleiter Müller über das neue Vertragswesen. Redner wies an der Hand von Beispielen die absolute Notwendigkeit dieser neuen Vertrags-erhöhung nach und führte aus, daß auch dieser Beitrag gegenüber dem Friedensbeitrag in Lohn umgerechnet minimal wäre, auch betonte er, daß voraussichtlich die nächste Zeit uns harte Kämpfe bringen werde, ferner, wenn alles in wirtschaftlichen Leben rapide steigt, auch der Verband von diesen Preissteigerungen natürlich nicht verschont bleibe. Um nun aber auch im Verbands Rückhalt zu haben, müssen wir finanziell gestärkt werden. In der Diskussion war man sich einig, daß der Verband immer mehr gestärkt und dadurch kämpftätig gemacht werden müsse. Es herrschte Einstimmigkeit darüber, daß die Beitragserhöhung absolut unumgänglich wäre, weil zum Kampf führen nicht nur guter Wille und derbe Worte, sondern vor allen Dingen auch Finanzen gehören. Als zweiter Redner sprach Sekretär Küsges über das Betriebsratsgesetz. Er forderte alle zur regen Mitarbeit auf. Überall sind nur eigene Listen aufzustellen. Und alle müssen voll und ganz bei den Wahlen auf dem Bilde sein. Denn von der Zusammenfassung der Betriebsräte hängt es nämlich ab, welcher Geist in die Betriebe einzieht. In der Diskussion wurde noch vieles Unklare richtig gestellt. Nachdem noch einige drückliche Fragen beantwortet waren, schloß Kollege Schlunke die Versammlung mit der Bitte, immer treu zum Verbands zu stehen und immer aufs neue für ihn zu werden und ihn dadurch zu einer Kampforganisation zu machen, die allen Stürmen standhalten vermag.

**M.-Gladbach-Pöhl.** Unsere letzte Generalversammlung wurde in Vertretung des Vorsitzenden vom Kollegen W. Eßer geleitet. Nachdem er zweier verstorbener Kollegen gedacht und das Protokoll der letzten Versammlung hatte verlesen lassen, erhielt der Kollege Theodor Eßer das Wort, welcher die Notwendigkeit und Gründe einer Beitragserhöhung darlegte. Es nahm dann der Kollege Glöwen das Wort, um im ersten Teile über geistige Schulung und im zweiten über die bevorstehenden Betriebsratswahlen zu referieren. Nach einer Aussprache, an welcher sich mehrere Kollegen beteiligten, schloß der Vorsitzende die zahlreich besuchte Versammlung.

**M.-Gladbach-Pöhl.** Unsere letzte Mitgliederversammlung, die im kath. Vereinshaus tagte, zu der auch die konfessionellen Vertreter entsandt hatten, wurde vom Vorsitzenden Kollege Hüter geleitet. Der Redner Kollege Glöwen sprach über Zweck und Ziele des Verbandes in neuerer Zeit, dann über das Betriebsratsgesetz. Er ging auf die Begebenheiten der jüngsten Zeit näher ein. Dann sprach er weiter über die notwendig gewordene Beitragserhöhung. Sein Vortrag festelte alle Anwesenden. Nunmehr zeigte eine lebhaftige Diskussion ein, an welcher sich zahlreiche Kollegen beteiligten.

**Glauchau.** Am 26. März hielt unsere Ortsgruppe Mitgliederversammlung ab, welche zur Beitragserhöhung Sachlage nahm. Kollege Meißner aus Greiz verteidigte in einem Vortrag über die Lage unseres Verbandes die Maßnahmen des Zentralverbandes und Verbandsausführes. Im Hinblick auf die ab 16. April zu erwartenden Lohnsteigerungen sollen die erhöhten Beiträge ab 16. April erhoben werden. Wenn es nur würde, den Lokalzuschlag zu den Zentralbeiträgen auf 40 % zu erhöhen, um gleichzeitig mit der Stärkung der Zentrallage auch eine Stärkung der Ortsgruppenlage zu erzielen.

Hieran schloß sich eine allgemeine Aussprache über die für die demnächst stattfindenden Tarifverhandlungen zu stellenden Forderungen. Es wurde als höchster Stundenlohn ein Betrag von 6,- M. pro Stunde als gerechtfertigt anerkannt und wurde der Kollege Meißner beauftragt, eine derartige Forderung zu vertreten.

Unter Punkt Verschiedenes bewegte sich die Aussprache über die Betriebsratswahlen, des Zweckes der sozialistischen Betriebsratsmitglieder gegen unseren Verband usw.

Mit einem warmen Schlusswort, wieder mehr Idealismus für unseren Verband zu zeigen, schloß Kollege Starke die Versammlung.

**Greiz (Bogtland).** Unsere Versammlung am 27. März konnte besser besucht sein. Kollege Meißner sprach über die gegenwärtige Situation und zeichnete scharf unsere gegenwärtige Stellung zum Kampfputz. Wir lebten verarmte Verhältnisse zur Aufrechterhaltung einer Hochsindstruktur ebenso scharf, wie die Errichtung einer Diktatur von links. Unsere Mitglieder müssen wissen, wo sie hingehören. Hier handelt es sich nicht darum, ob dieser oder jener Verband mehr oder weniger Beiträge erhebt, sondern hier handelt es sich um den Charakter der Bewegung. Unser Verband befaßt sich nur mit der Befreiung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder, während er die politischen Fragen den einzelnen politischen Parteien über-

läßt. Darum kann eben jeder Arbeiter und jede Arbeiterin Mitglied unseres Verbandes werden.

In den letzten Tagen zeigen sich Versuche, unsere Mitglieder mit Gewalt in den sozialdemokratischen Textilarbeiterverband zu pressen. Diese Art von sozialdemokratischer Agitation sind wir hier schon gewöhnt, so daß kein Mitglied unseres Verbandes darauf hereinkommt. Hier muß es heißen, den Spieß umgedreht und rege für unseren Verband optiert.

Folge Anwachsendes unserer Mitgliederzahlen machte sich eine Ergänzungsversammlung des Vorstandes nötig. Es wurden gewählt die Kollegen: Schumann, Wolf, Böcher und Frisch. Danach konnte die Versammlung geschlossen werden.

**Greiz (Bogtland).** Zu 28 mechanischen Webereien mit ziemlich 9000 Webstühlen waren am 31. Dezember 1919 nur 1339 im Betrieb, das sind etwa 15 Prozent. In der Woche vom 29. März bis 3. April verließen der Deutsche Textilarbeiterverband einen Angriff auf unseren Verband. Durch Drohungen und sonst allerhand kleine Schikanen versuchten überarbeitete Betriebsräte auf Anweisung der Verbandsleitung der Deutschen Textilarbeiterverbandes unsere Mitglieder in den Deutschen Textilarbeiterverband zu zwingen. Gearbeitet wurde von den sozialistischen Betriebsräten mit unwahren Behauptungen.

**Verbandsmitglieder! Seid hausgärtnerisch mit der Verbandszeitung, da diese heute dem Verbands sehr viel kostet. Werft die gelesenen Nummern nicht fort, sondern gebt sie den Unorganisierten und Falschorganisierten. Klärt diese auf und krebt unablässig danach, dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen.**

Der Erfolg waren zwei Austritte aus unserem Verband zum Deutschen Verband, 35 Neuaufnahmen für unseren Verband, darunter zwei Übertritte aus dem Deutschen Verband in unseren. Unsere Mitglieder geben auf dieses Vorgehen die richtige Antwort und agieren lebhaft für uns.

**Böhmisch (Th.)** Ueber den Aufbau unserer Wirtschaftslernen referierte Kollege Meißner aus Greiz in einer Versammlung der christlichen Gewerkschaften am 31. März. Er zeigte an Hand einer gezeichneten schematischen Darstellung den Aufbau der Arbeitsgemeinschaften, durch welche ein ruhiger Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens gewährleistet wird. Diese Arbeitsgemeinschaften sind eine alte Forderung der christlichen Gewerkschaften, welche den früher geforderten Arbeitskammern gleichkommen. Bei gutem Willen von beiden Seiten wäre eine regenreiche Arbeit der Arbeitsgemeinschaften möglich. Weiter stehen die radikalsozialistischen Elemente auf einem anderen Standpunkt. Diese fänden die Arbeitsgemeinschaften viel lieber wieder beseitigt. Die weiteren Ausführungen des Kollegen Meißner zielten dahin, an eine vollständige Veränderung der Stimmung unseres gesamten Volkes zu arbeiten, denn diese ist für einen gesunden Wiederaufstieg unserer Wirtschaft unbedingt notwendig. Hierin allen als christliche Gewerkschafter ein Vorbild zu sein, ist unser Ziel. Eine Diskussion über den Vortrag wurde nicht gewünscht, worauf Kollege Jobst die Versammlung schließen konnte.

**Altehdorf.** Textilarbeiter und Arbeitsgemeinschaft. Seit sehr man sich in Arbeiterkreisen für die Arbeitsgemeinschaft in der Textilindustrie interessiert, zeigte eine am 30. März im großen Saale des Bahnhofsbaus stattgefundene Versammlung des christlichen Zentralverbandes ein lebhaftes Interesse. Kollege Küsges sprach über „Arbeitsgemeinschaft und Tarifvertrag“. Er zitierte u. a. auch einen Artikel aus Nr. 235 der Volkszeitung, welcher über die Hauptprobleme der Industriellen des Bezirks Köln berichtete und wo es am Schlusse heißt: „Der Ort dazu ist die Arbeitsgemeinschaft. Hier muß überhaupt der Gedanke der wirtschaftlichen Solidarität, des Außeranerkennens der Interessen der Arbeiter, der Arbeiter der Bedingungen kennen lernen, von denen ihm Brot abhängt. Die Industrie hat den festen Willen, sich in den wirtschaftlichen Fragen mit der Arbeiter- und Angestelltenklasse zu verständigen und die Erkenntnis von der Gemeinsamkeit der Interessen zu wachen.“ Dem, meine Redner, brauen wir nichts hinzuzufügen. Auch die Arbeitsgemeinschaft der Textilindustrie steht auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft und zwar der Beschäftigten, wie sie am 15. November 1918 in Berlin vereinbart worden sind. Jedoch hätten sich die Verhandlungen für den Anschluß an die Zentralarbeitsgemeinschaft schließen. Nach eingehender Diskussion wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die von zahlreichen Arbeitern und Arbeiterinnen der Textilindustrie besuchte Versammlung nimmt Kenntnis von der Forderung der Arbeitgeberverbände der Textilindustrie des linken Rheinufers, sich der Arbeitsgemeinschaft anzuschließen. Die Versammlung stellt einstimmig auf dem Standpunkte, daran festhalten zu müssen, das auch die deutschen Arbeiter des besetzten Gebietes an den Segnungen der Arbeitsgemeinschaft Anteil haben. Sie beauftragt die Gewerkschaftsleitungen, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß der Anschluß bald zur Tatfrage wird.“

**Besondere Bekanntmachungen.**

**An die Ortsgruppenvorstände!**

Wir bitten fortan alle Geldsendungen nur mittels Postkarte auf unser Postcheckkonto Nr. 9468 an das Postfachamt in Köln gelangen zu lassen. Zur Vermeidung unnötiger Rückfragen muß aber unter allen Umständen auf den Abschnitten der Postkarte jedesmal die Bestimmung der Gelder genau angegeben werden.

**An unsere Verbandsmitglieder!**

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß jedesmal die Nummer am Kopf unserer Verbandsorgans auch die für die betr. Woche fällige Beitragsschuldung anzeigt. Nur durch eine pünktliche Beitragsschuldung sichern sich die Mitglieder alle im Verband erworbenen Rechte.

Der heutigen Nummer liegt ein Nachtrag zu den Verhandlungen bei. Wir bitten die Ortsgruppen durch die Vertrauensleute die Verteilung der Nachträge an die Mitglieder vornehmen zu lassen.

**Bezirk Barmen-Gresfeld.**

Allen Ortsgruppenvorständen des Verbandsbezirks diene zur Kenntnis, daß der Sitz der Bezirksleitung sich in **Gresfeld, Weststraße 35, Fernruf 4791** befindet.

Johann Müller, Bezirksleiter.

**Praktisch für den Gebrauch bei Lohn- und Tarifverhandlungen**

Dürfte wohl nachstehende Uebersicht über die Wirkung von Stundenlöhnen bei 46 stündiger Arbeitszeit sein. Heute werden im Verhältnis zur Vorkriegszeit die mehr noch im Arbeitsverhältnisse stehende Verbandsmitglieder zu den mitunter recht schwierigen Lohn- und Tarifverhandlungen zugezogen. Für diese Mitglieder dürfte es sich sehr empfehlen, diese Uebersicht aus zu schneiden und aufzubewahren, um sie gegebenenfalls verwenden zu können. (In der von uns in der Nr. 17 veröffentlichten Uebersicht sind einige Zahlen über die auf die Wochen à 46 Stunden umgerechneten Stundenlohn von 3,70 M. an aufwärts unrichtig wiedergegeben. Um Irrtümer zu vermeiden, bitten wir, nur diese hier berichtete Uebersicht zu verwenden.)

Es ergibt:

ein Stundenlohn von M.	ein Wochenverdienst 46 Stunden von M.	ein Monatsverdienst (290 Stunden) von M.	ein Jahresverdienst (2400 Stunden) von M.
0,50	23,—	100,—	1200,—
0,60	27,60	120,—	1440,—
0,70	32,20	140,—	1680,—
0,80	36,80	160,—	1920,—
0,90	41,40	180,—	2160,—
1,—	46,—	200,—	2400,—
1,10	50,60	220,—	2640,—
1,20	55,20	240,—	2880,—
1,30	59,80	260,—	3120,—
1,40	64,40	280,—	3360,—
1,50	69,—	300,—	3600,—
1,60	73,60	320,—	3840,—
1,70	78,20	340,—	4080,—
1,80	82,80	360,—	4320,—
1,90	87,40	380,—	4560,—
2,—	92,—	400,—	4800,—
2,10	96,60	420,—	5040,—
2,20	101,20	440,—	5280,—
2,30	105,80	460,—	5520,—
2,40	110,40	480,—	5760,—
2,50	115,—	500,—	6000,—
2,60	119,60	520,—	6240,—
2,70	124,20	540,—	6480,—
2,80	128,80	560,—	6720,—
2,90	133,40	580,—	6960,—
3,—	138,—	600,—	7200,—
3,10	142,60	620,—	7440,—
3,20	147,20	640,—	7680,—
3,30	151,80	660,—	7920,—
3,40	156,40	680,—	8160,—
3,50	161,—	700,—	8400,—
3,60	165,60	720,—	8640,—
3,70	170,20	740,—	8880,—
3,80	174,80	760,—	9120,—
3,90	179,40	780,—	9360,—
4,—	184,—	800,—	9600,—
4,10	188,60	820,—	9840,—
4,20	193,20	840,—	10080,—
4,30	197,80	860,—	10320,—
4,40	202,40	880,—	10560,—
4,50	207,—	900,—	10800,—
4,60	211,60	920,—	11040,—
4,70	216,20	940,—	11280,—
4,80	220,80	960,—	11520,—
4,90	225,40	980,—	11760,—
5,—	230,—	1000,—	12000,—

**Versammlungskalender.**

**Cottbus.** 24 April, 6 Uhr, im Lokale König-Bierhaus Monatsversammlung. Um 5.30 Vorstand und Vertrauensmänner.

**Inhaltsverzeichnis.**

Artikel: Christlich-soziale Ideen — Fundamentalgrundsätze unserer Bewegung. — Eine wichtige Sitzung des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. — Ein D. mobilmachungskommissar über die Frage des Verhandlungsausschusses. — Freilleiten: Zielbewußt. — Der kleine Eigenbau als Helfer in der Wohnungsnot. — Allgemeine Rundschau: Was haben wir knapp-Lüttlich zu danken. — Der Zentralverband der Zentralarbeitsgemeinschaft zum Militärrecht vom 13. März. — Zur Bezahlung der Streikstage. — Osterbergbund (Bereinigung christlicher Buchdrucker). — Die mit Beiträgen gewirtschaftet wird. — Aus unserer Industrie: Preisrückgang am Textilwarenmarkt? — Aus unserer Bewegung: An die Kolleginnen! — Zur Nachzahlung an die Teilnehmerinnen der Tagung in Greiz. — Aus der internationalen Textilarbeiterbewegung: Nordamerica — Friedländer Bezirk (Löhne). — Freiwaldau. — Berichte aus den Ortsgruppen: Dülken. — M.-Gladbach-Pöhl. — M.-Gladbach-Pöhl. — Glauchau. — Greiz (Bogtland). — Böhmisch (Th.). — Altehdorf. — Besondere Bekanntmachungen. — Praktisch für den Gebrauch bei Lohn- und Tarifverhandlungen. — Versammlungskalender.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Verh. Müller, Düsseldorf 68, Konstantienstr. 7.